

30. November 2006
Salzburger Nachrichten

Umweltschützer fordern Verkehrsgipfel mit Politik

Die Umweltaktivisten, die gegen den Bau der Wiener Nordost-Umfahrung kämpfen, haben am Donnerstag die politischen Entscheidungsträger dazu aufgefordert, einen Verkehrsgipfel einzuberufen. In diesem Rahmen wolle man mit Wiens Bürgermeister Häupl und den künftigen Verkehrs- und Umweltministern verhandeln.

Es könne nicht angehen, dass man mit der Autobahngesellschaft Asfinag vorlieb nehmen müsse, die verkehrspolitisch nichts zu entscheiden habe, stellte Greenpeace-Vertreter Erwin Mayer klar. Von politischer Seite habe bisher noch niemand mit den Umweltschützern gesprochen. Chauvinistische Sager von Häupl, die in Richtung "Ausländer raus aus der Lobau" gingen, würden auch nicht zur Versachlichung der Diskussion beitragen. Der Wiener Bürgermeister hatte am vergangenen Dienstag betont, er werde nicht mit "internationalen Berufsaktivisten" sprechen, die aus Hamburg oder London kämen.

Karin Kuna von Global 2000 verwies auf befürchtete Gesundheitsbelastungen und hohe Kosten durch die geplante Transitautobahn. Deshalb engagiere man sich unbeirrt von der gestrigen Ankündigung der Asfinag, Schadensersatzforderungen unter anderem gegen die Aktivisten prüfen zu lassen. Bei einer Schadensersatzklage und einem damit verbundenen Gerichtsverfahren, habe man endlich die Möglichkeit, die "Verstrickungen" der Asfinag mit Gutachtern und der Politik aufzuzeigen.

Stefan Wirius von der Bürgerinitiative "Rettet die Lobau" forderte anstelle der Lobau-Untertunnelung den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und lokale Ortsumfahrungen. Dabei spreche er nicht nur für 30 Personen, wie von der Gegenseite behauptet. Allein seine Bürgerinitiative habe 18.000 Unterschriften gesammelt.

Link zum Online-Artikel:

http://www.salzburg.com/sn/archiv_artikel.php?xm=2732740&res=0